

Herr Innenminister, Wie steht es um die Sicherheit im Land?

„Derzeit ist keine Rückkehr in Sicherheit und Würde möglich“, fand Stefan Studt deutliche Worte über die geplante Abschiebung afghanischer Flüchtlinge. Schleswig-Holsteins Innenminister sprach vor Kurzem mit Mitgliedern der Hochschulgruppe Sicherheitspolitik Kiel über das Thema Flüchtlingspolitik und aktuelle Herausforderungen für die öffentliche Sicherheit im nördlichsten Bundesland.

Dabei bekräftigte er, Schleswig-Holstein werde sich nicht gegen die Rechtslage oder die Politik des Bundes stellen.

Des Weiteren ging der Innenminister auf die gute Leistung aller Beteiligten in der Bewältigung der Flüchtlingskrise ein. Zwar sei bei weitem nicht alles perfekt. Es gebe zum Beispiel immer noch viele offene Asylanträge. Doch Studt lobte die vielen Initiativen, die sich in den vergangenen Monaten gebildet hatten.

Als nächstes sprach er über die Integration, bei der nach anfänglichem Zögern der Bund neben finanzieller auch politische Verantwortung übernommen habe. Die Lage in der öffentlichen Sicherheit habe sich zudem im echten Norden verändert, berichtete der Innenminister.



Schleswig-Holsteins Innenminister Stefan Studt bei der Kieler Hochschulgruppe Sicherheitspolitik

Das sei insbesondere durch die Festnahme dreier Flüchtlinge, die Terroranschläge geplant haben sollen, im September 2016 deutlich geworden sei. Studt betonte jedoch, dass nicht von Einzelfällen auf alle Flüchtlinge geschlossen werden könne. Für den Landeshaushalt 2017 sei mehr Geld für die öffentliche Sicherheit geplant, insbesondere für die Einstellung von mehr Polizisten. Innenminister Studt schränkte an dieser Stelle ein, dass die Ausbildung der Kräfte Zeit in Anspruch nehme, und die Ausbildungskapazitäten des Landes nicht überschritten

werden könnten. Ein dringendes Problem sei weiterhin die Einbruchskriminalität. Diese sei jedoch nicht aufgrund der Flüchtlinge, sondern durch organisierte Banden, die vor allem aus dem östlichen Europa stammen, gestiegen. Zum Schluss betonte der Innenminister, dass es zwar im Moment keine konkrete Bedrohung durch den sogenannten Islamischen Staat gebe, trotzdem befände sich auch Schleswig-Holstein grundsätzlich im Fadenkreuz terroristischer Vereinigungen.

In der anschließenden Diskussion ging es zunächst um Kernthemen der anstehenden Landtagswahl am 7. Mai 2017. Flüchtlinge würden nur dann eine größere Rolle spielen, wenn sich die Lage ändern würde – eher werde es um Abschiebungen gehen. Auch die innere Sicherheit werde ein wichtiges Thema sein. Im Hinblick auf die Ereignisse der Silvesternacht in Köln zum Jahreswechsel 2015/16 sagte der Innenminister, dass es sich dabei nicht zwingend um flüchtlingspezifische Kriminalität gehandelt habe. Darüber hinaus brauche es ein Einwanderungsgesetz, für das sich die Landesregierung im Bundesrat einsetze, damit die vielen komplizierten Verfahren vereinheitlicht und vereinfacht werden könnten.

Weitere Diskussionsthemen waren der demographische Wandel, die Notwendigkeit einer besseren Ausrüstung der Beamten mit Schutzwesten und die Debatte um durchschlagskräftigere Waffen. Der demographische Wandel mache sich auch in der Polizei bemerkbar, sagte Studt. Er problematisierte im Zusammenhang mit der Debatte um eine bessere Ausrüstung für Polizisten die zunehmenden Übergriffe auf Polizeibeamte und Rettungskräfte. Die Studentinnen und Studenten brachten ebenfalls die regionale Salafisten-Szene und die Reichsbürger-Problematik zur Sprache. Letztere seien laut Studt mehr als nur Spinner.

Moderator und stellvertretender Vorsitzender der HSG, Emre Küçükakara, dankte dem Innenminister für die „offene und umfassende Diskussion“. Studt betonte zum Schluss wie wichtig ihm das Gespräch vor allem mit jungen Menschen sei.

Stefan Mehrens



Die Studenten haken beim Thema innere Sicherheit und Flüchtlinge beim Innenminister Schleswig-Holsteins nach